



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.
Porto 2 Thlr. M. Gr. Inseritionsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Seite in Beilage 1½ Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 162. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 5. April 1867.

Deutschland.

Berlin, 4. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Premier-Lieutenant Borchardt des Westfälischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 7 den rothen Adlerorden vierter Klasse mit Schwertern, dem Vermessungs-Adjutor, Rechnungs-Rath Reimann zu Stargard in Pommern und dem Hegermeister Loewe zu Kästelberg im Kreise Brilon den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem katholischen Kirchenvorsteher Franz Carl Danziger zu Danzig und dem evangelischen Schulreiter, Cantor und Organisten Schinke zu Nieder-Rosen, im Kreise Strehlen, den Adler der vierten Klasse des königlichen Haussordens von Hohenzollern, sowie dem Gerichtsräuber und Gesan-genenwärter Jacob Heinrich Iwer sen zu Segeberg in Schleswig-Holstein das allgemeine Ehrenzeichen, und dem früheren Unteroffizier im Garde-Jäger-Regiment Koszeg zu Kästelberg, im Kreise Luckau, die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Appellationsgerichts-Rath v. Gruben in Köln den Charakter als Geh. Justizrat verliehen; sowie den Kaufmann C. Culert in Acria zum Consul dasselbst; und den Kaufmann J. H. Bando in Bremen zum Consul dasselbst ernannt.

[Bekanntmachung.] Bei der königlichen Telegraphenstation zu Myslowitz ist vom 1. d. M. ab der Nachdienst aufgehoben.

Der Dr. phil. Carl Hermann Amandus Schwarz in Berlin ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg ernannt worden. — Der Predigtamts-Candidat, Realchul-schullehrer Rothe zu Danzig ist als Lehrer an dem evangelischen Waizen-haus und Schullehrer-Seminar zu Königsberg ernannt worden.

[Post-Anleihe.] Der „Staats-Anz.“ bringt folgenden Erlaß: Auf Ihren Bericht vom 21. d. M. genehmige Ich, daß die Staatsanleihe von drei Millionen Thaler, welche in Gemäßheit des Gesetzes vom 16. Februar d. J., betreffend die Uebernahme des sächsischen Thurn und Taxis'schen Postwesens auf Preußen (Gesetz-Samml. S. 353) aufzunehmen ist, in Schuldverreibungen über einhundert Thaler, zweihundert Thaler, fünfhundert Thaler und eintausend Thaler auszugeben und mit vier einhalb Prozent jährlich am 1. April und 1. October jeden Jahres verzinst werde. Vom Jahre 1868 ab ist diese Anleihe jährlich mindestens mit einem Procent des Gesamtcapitals, sowie mit dem Betrage der durch die fortschreitende Amortisation ersparten und der durch Verjährung erloschenen Summen zu tilgen. Dem Staate bleibt das Recht vorbehalten, sowohl den hier nach zu berechnenden Tilgungsfonds zu verfügen als auch die sämtlichen Schuldverreibungen zur Rückzahlung nach sechsmonatlicher Frist auf einmal zu kündigen. Ich ermächtige Sie, hier nach die weitere Anordnung zu treffen.

Diefer mein Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 25. März 1867.

Wilhelm.

[Militär-Anleihe.] Der „Staats-Anz.“ bringt folgenden Erlaß: Auf Ihren Bericht vom 5. d. M. genehmige Ich, daß in Gemäßheit des Gesetzes vom 28. September d. J., betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marine-Verwaltung (Gesetz-Samml. S. 607), eine Staats-Anleihe von dreißig Millionen Thalern aufgenommen werde. Die Anleihe ist in Schuldverreibungen über einhundert Thaler, zweihundert Thaler, fünfhundert Thaler und eintausend Thaler auszugeben, mit vier und einhalb Prozent jährlich am 1. April und 1. October jedes Jahres zu verzinsen und vom Jahre 1868 ab jährlich mit mindestens einem Procent des Gesamtcapitals, sowie mit dem Betrage der durch die fortschreitende Amortisation ersparten und der durch Verjährung erloschenen Summen zu tilgen. Dem Staate bleibt das Recht vorbehalten, sowohl den hier nach zu berechnenden Tilgungsfond, welcher niemals verringert werden darf, zu verfügen, als auch die sämtlichen Schuldverreibungen zur Rückzahlung nach sechsmonatlicher Frist auf einmal zu kündigen. Ich ermächtige Sie, hier nach die weitere Anordnung zu treffen.

Diefer mein Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 31. März 1867.

Wilhelm.

An den Finanzminister. — Frhr. v. d. Heydt.

[Zu dieser Anleihe] bemerkt der „Staats-Anz.“: Durch einen allerböschten Erlaß vom 31. d. M. ist der Finanz-Ministe ermächtigt worden, in Ausführung des Gesetzes vom 28. September d. J., betreffend den extra-ordinären Geldbedarf der Militär-Verwaltung z. c., eine Anleihe von 30 Mill. Thalern zur Deckung der durch den Krieg gegen Österreich und in Deutschland veranlaßten Ausgaben anzunehmen.

So weit die Kosten des Krieges bis jetzt zur Liquidation gebracht sind, haben dieselben aus den durch das erwähnte Gesetz anderweitig bewilligten Mitteln bestritten werden können. Die Wiederbefassung der im Krieg verbrauchten Gegenstände an Bekleidung, Waffen, Munition, Fahrzeu g z. c. erfordert jedoch noch erhebliche Aufwendungen, zu welchen die disponiblen Mittel nicht ausreichen. Zur Besteitung dieser Ausgaben soll die Anleihe von 30 Millionen Thalern dienen und sobald als nötig nach Maßgabe des Bedarfs allmälig flüssig gemacht werden.

Berlin, 4. April. [Se. Majestät der König] nahmen gestern Vormittag den Vortrag des Geheimen Cabinets-Rath von Mühlner entgegen und arbeiteten Nachmittags mit dem Minister-Präsidenten.

Heute nahmen Se. Majestät um 11 Uhr Vormittags im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen und hier nach die Vorträge des Kriegsministers, des Generals von Podbielski und des General-Adjutanten von Tresckow entgegen.

(St.-A.)

= Berlin, 4. April. [Die Amendements zu den Militär-Artikeln. — Besprechung mit den Ministern. — Die Steuer-verhältnisse in Hannover. — Abg. Michaelis.] Mit grossem Eifer beschäftigte man sich in den Fractionen gestern Abend und heute mit der Berathung über Artikel XI. des Verfassungsentwurfes „Bundeskriegswesen“. In der Fraction der National-Liberalen eiserten gestern Abend die alten Streiter für Verfassungrecht im Abgeordnetenhaus, Forckenbeck, Twesten, Gneist, für Erhaltung des Budgetrechts. Heute Morgen um 10 Uhr begann die Specialdebatte und wurde vier Stunden hindurch fort- und zu Ende geführt. Ein Mitglied hatte die sämmtlichen Amendements zusammengestellt und der Fraction darüber referirt. Der Artikel 53 (Allgemeine Wehrpflicht) und 54 (Festeavertheilung) wurden ohne Anträge angenommen. Zu Art. 55 wurde ein Amendement Twesten's angenommen, welches also lautet: „Jeder wehrpflichtige Norddeutsche gehört 12 Jahre lang, in der Regel vom vollendetem 20. Lebensjahr, dem stehenden Heere an und sient höchstens 3 Jahre in der Linie, 4 in der Reserve, 5 in der Landwehr.“ Bedenken dagegen, welche dahin gingen, daß die Bewölkerungen den Ausgangspunkt des 20. Lebens. nicht billigen dürfte und daß man sich davor hüten müste die dreijährige Dienstzeit verfassungsmäßig festzustellen, fanden keinen Anfang. Als Zusatz zu Art. 55 wurde ein Antrag Laskers, betreffend die Regierung der Auswanderungsverhältnisse der Landwehr, angenommen. Von grösster Tragweite erscheint indessen die Annahme folgender von Bennigen be-antragten Fassung des Art. 56: „Die Friedens-Präsenzstärke des Bundesheeres wird bis zum 31. Dezember 1871 auf 300,000 Mann normirt und pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt; für die spätere Zeit wird die Friedensstärke im Wege der Gesetzgebung festgesetzt werden“. Ein Unter-Antrag, zwischen den Worten „300,000 Mann“ und „normirt“ einzuschließen: „einschließlich der Landwehr und der einjährigen Freiwilligen“, wird abgelehnt. Die Annahme des Amendements erfolgte trotz mancher Gegen-der hauptsächlich, weil man nach gegebenen Mittheilungen annehmen zu können meinte, die Regierung werde dem Vorschlage zustimmen. Zu Art. 57 (Einführung-Bestimmungen) wurde ein Zusatz v. Forckenbeck: „Nach gleichmässiger Durchführung des

jetzigen Militärwesens wird das Bundesräthrum dem Reichstage und dem Reichsrath eine Bundeskriegsverfassung zur Genehmigung und Beschlussfassung vorlegen“; — Art. 58 wird in einer v. Bennigen beantragten Fassung: „zur Besteitung des Aufwandes für das gesamme Bundesheer z. c. sind bis zum 31. Dezember 1871 jährlich so viel Mtl 225 Thlr. z. c.“; Art. 59 endlich ist ohne Amendement angenommen.

— Heute Nachmittag traten nun Delegirte sämmtlicher Fractionen zusammen, um sich über die annehmbaren Amendements zu verständigen. Über die Resultate dieser Berathung wird dann den einzelnen Fractionen heute Abend berichtet und danach der Beschluss gefaßt werden.

— Gestern nach der Plenarsitzung haben zwischen hervorragenden liberalen Fractionenmitgliedern und den Ministern Gr. Bismarck, v. Roon und v. Heydt Besprechungen stattgefunden, aus denen wohl die die Vermuthung eines möglichen regierungsseitigen Eingehens auf die Vorschläge der National-Liberalen herrühren mag. Auch die freie conservative Vereinigung durfte für das Amendement v. Bennigen zu gewinnen sein. Heute Abend will man bereits über den Artikel „Bundesfinanzen“ entscheiden. Von conservativer Seite würde principiell gegen dies Verlangen nicht angeklagt werden, wenngleich diese Fractionen sich auch nicht so unbedingt diesem Verlangen anschließen würden. Jedenfalls erwartet man auch in dieser Frage heut noch eine Einigung. Die sämmtlichen Fractionenmitglieder sind zu heut Abendtheile 6, theils ½, theils 7 Uhr zu Besprechungen eingeladen, um sich über diese beiden Abschnitte zu verständigen. Die Amendements, welche aus diesen Fractionenbesprechungen etwa noch hervorgehen, sollen noch bis morgen vor Eröffnung der Sitzung im Druck vorliegen; vorläufig ist noch keins gestellt. Die Fraction der Linten, welche bereits ihre Amendements zu Abschnitt XI. eingebracht hat, wird sich heut Abend ausschließlich mit der Berathung von Abschnitt XII. befassen. (N. A. Z.)

[Beziehung dürfte die Besprechung der Delegirten wohl Aussicht auf Erfolg haben, da die Frei-Conservativen, welche bereits zu dem Art. 58 einen Zusatzantrag eingebracht haben, welcher einen Zeitraum von sechs Jahren selbst bestimmt, nicht abgeneigt sein sollen, auf diesen Vorschlag einzugehen. Wie wir hören, soll auch der Kriegsminister v. Roon eingeladen werden, wenn dieser freien Besprechung beizuwollen. — In Betreff des Abschnitts XII. „Bundesfinanzen“ hören wir, daß die Fraction der National-Liberalen in ihren zu erwartenden Amendements an dem Verlangen des Budgetrechts für den Reichstag festhält. Von conservativer Seite würde principiell gegen dieses Verlangen nicht angeklagt werden, wenngleich diese Fractionen sich auch nicht so unbedingt diesem Verlangen anschließen würden. Jedenfalls erwartet man auch in dieser Frage heut noch eine Einigung. Die sämmtlichen Fractionenmitglieder sind zu heut Abendtheile 6, theils ½, theils 7 Uhr zu Besprechungen eingeladen, um sich über diese beiden Abschnitte zu verständigen. Die Amendements, welche aus diesen Fractionenbesprechungen etwa noch hervorgehen, sollen noch bis morgen vor Eröffnung der Sitzung im Druck vorliegen; vorläufig ist noch keins gestellt. Die Fraction der Linten, welche bereits ihre Amendements zu Abschnitt XI. eingebracht hat, wird sich heut Abend ausschließlich mit der Berathung von Abschnitt XII. befassen. (N. A. Z.)

[Der Justizrat v. Lich], welcher unter den hiesigen Rechtsanwälten wohl die ausgedehnteste Praxis hatte, ist in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch am Schlagflusse verstorben.

[Ausweisung.] Der Referendar a. D. Holthoff, welcher von hier aus für die „Frankfurter Zeitung“ (früher „N. F. Z.“) correspondierte und dieses Blatt in Berlin in einem zu dem Zwecke eingerichteten Bureau vertrat, ist gestern ausgewiesen worden, nachdem er auf dem Polizeibureau eine lange Vernehmung über seine persönlichen Verhältnisse bestanden hatte, deren Resultate schwerlich eine Handhabe zum Einschreiten gegen ihn abgeben dürften. Die Polizei soll sich nicht damit begnügt haben, Herrn Holthoff die erbetene kurze Frist zur Ordnung seiner Angelegenheiten zu versagen — er soll sogar ohne Weiteres von einem Schutzmann bis vor das Thor begleitet werden sein! Die „B. B. Z.“ fügt hinzu: Wir sympathisieren so wenig mit der „F. Z.“, deren lebiges zahnloses Keisen übrigens sehr ungefährlich erscheint, daß wir eben deshalb uns um so mehr für berechtigt halten, gegen den polizeilichen Act das Wort zu nehmen. Derselbe ist uns aus politischen und aus persönlichen Gründen gleich schwer erklärlich, aus politischen, weil die preußische Regierung gerade jetzt allen Anlaß hat, sich auf einen höheren Standpunkt zu stellen; aus persönlichen, weil uns der Ausgewiesene persönlich soweit bekannt ist, daß wir denselben als einen überaus harmlosen jungen Mann bezeichnen können, welcher, wenn er sein kleines politisches Pensum absolviert hat, tief aufatmet und dann „seinen Schoppen in Frieden trinkt“. Wir sind überzeugt, daß der Graf Bismarck, wenn Herr Holthoff sich an diesen wendet, die Sache redressiren wird.

[Die Aufhebung der Spielbanken innerhalb des norddeutschen Bundesgebietes ist zwar im Prinzip beschlossen, doch sind alle Methoden in der Presse über die Durchführung dieser Aufhebungsmöglichkeiten verfrüht, denn es sind über diese Modalitäten definitive Beschlüsse bisher noch nicht gefaßt worden.

[Die Handelskammer zu Trier] hat infolge der immer stärker auftretenden Gerichte über den Verlauf des Großherzogthums Luxemburg an Frankreich eine Vorstellung an den Handelsminister Grafen Ippenitz gerichtet, in welcher sie die großen Nachtheile schildert, welche dem Interesse des Handels und des Gewerbesstandes in Trier und der Umgegend aus der Vereinigung des Landes mit Frankreich erwachsen würden.

[Sr. M. Brigg „Rover“] soll nach der Rückkehr in die Ostsee, behufs Untersuchung und eventueller Reparatur, nach Danzig gehen.

München, 2. April. [Zur Ministerkrise.] Einer Nachricht des „Nürn. Correspond.“ zufolge wird der Kriegsminister Generalmajor v. Prankh veranlaßt werden (oder ist bereits veranlaßt worden), das eingereichte Entlassungsgesuch zurückzuziehen.

Österreich.

Pest. 3. April. [Die Magnatentafel] nahm den gestrigen Beschluss der Deputirten-Tafel über die Recruitirungs-Vorlage entgegen und erledigte dann in vierstündigter Sitzung das Elaborat über die gemeinsamen Angelegenheiten. Unter Anderen sprachen Baron Bay, der Fürst-Pri-mas, v. Szégyenyi, Graf Szecsen und Graf Cziraly. Alle für das Elaborat; indeß sieht Szecsen den Delegationen zu wenig. Cziraly denselben zu viel Spielraum zugewiesen. Das Elaborat wurde in der General- wie in der Special-Debatte einstimmig angenommen. Morgen um 11 Uhr Verhandlung der Recruitirungs-Vorlage. Der Minister-Präsident Freiherr v. Beust wohnte einem Theile der Sitzung bei.

Amerika.

Newyork, 20. März. [Die Bestimmungen zur Reconstructionsbill] besagen, daß, falls die im September einzuberuhenden Versammlungen sich für eine constituirende Versammlung entscheiden, jeder Staat die Delegaten für seinen Staatsconvent wählt. Letzterer tritt nach 60 Tagen zusammen, berath eine neue Verfassung und legt dieselbe dem Volke, d. h. den Bürgern zur Bestätigung vor, worauf der gebilligte Entwurf durch den Präsidenten dem Congresse unterbreitet wird. Sämtliche Wahlen sollen mit geheimer Abstimmung vorgenommen werden.

[General Schofield] hat die Municipalwahlen in Fredericksburg, Virginien, suspendirt. General Sheridan hat verkündigt, nur solche Beamte sollen ihrer Stellen entsezt werden, die sich gegen die Reconstructionsbüro aufstellen.

[Ernennungen.] Auf eigenes Ansuchen wurde General Thomas fitness Postens als Commandeur des dritten Militärdistricts entbunden und statt dessen zum Chef des Militär-Departments von Cumberland ernannt. Zum Commandeur des Districts (Georgia, Florida und Alabama) wurde General Pope ernannt. Für den Gelandtposten in Wien bat der Präsident nach Zurückweisung Cowan's durch den Senat den ausscheidenden Senator Lafayette S. Foster aus Connecticut designirt. Tassara, der während der letzten 10 Jahren als spanischer Gesandter bei der Union accredited war, ist durch Facundo Goni, früher Gesandter bei mehreren der südamerikanischen Republiken ersetzt worden.

[Zu dem herannahenden Friedenscongres in Washington,] der die Vermittelung zwischen Spanien und Chile versuchen soll, wird Seward als Präsident von Seiten der Vereinigten Staaten hinzutreten.

[Am St. Patriktage] waren die Fenier noch aufgeregter als gewöhnlich. Sie durchzogen die Straßen und als ein Fuhrmann den Zug der „Hibernian Society“ hemmte, regnete es alsbald von allen Seiten Schläge auf diejenigen Unglücklichen. Die Polizei suchte sich in's Mittel zu legen; beide Parteien führten frische Verstärkungen in den Kampf, so daß derselbe zuletzt große Dimensionen annahm. Die Fenier, die mit Knüppeln und Säbeln um sich schlugen, gingen zuletzt als Sieger aus dem Gefechte hervor und drei getötete und 20 schwer verwundete Mannschaften der Polizei waren das Resultat dieser St. Patrikts-

Feier. — In Canada herrscht groÙe Besorgniß vor einem Einbruche der Feuer und man rüstet auf den Seen Kanonenboote aus, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

— 30. März. [Vertagung.] — Vertrag wegen Russisch-Nordamerika. Der Congress hat sich bis zum 3. Juli vertagt und wenn an diesem Tage die beschlußfähige Anzahl nicht zusammentrifft, wird die Vertagung fortduern bis zum 2. Dezember. — Heute ist ein Vertrag an den Senat gegangen, wonach gegen 7,000,000 Doll. Entschädigung das russische Nordamerika und die angrenzenden Inseln an die Vereinigten Staaten abgetreten werden. Der Präsident hat den Senat auf Montag zur Berathung des Vertrages zusammenberufen.

[Die zur Wahl bestreiteten Regierungen von Columbia] hielten zur Feier dieser Errungenschaft ein großes Fest, wobei Hampton und andere bedeutende Männer des Südens Reden hielten.

[Mexicanisches.] Folgende Kundmachung wurde am 27. Februar in Veracruz angeschlagen:

„Französisches Consulat in Veracruz. Art. 1. Die Wirkungen der am 30. Juli d. J. in Mexico gezeichneten Convention bleiben bis zur Herstellung eines Einvernehmen zwischen den Regierungen von Frankreich und Mexico suspendirt. Jede dieser Regierungen behält sich in absoluter Weise die Rechte vor, welche sie aus der erwähnten Convention herleiten zu dürfen behauptet. Art. 2. Die französischen Agenten werden die Verwaltung der Douane von Veracruz am 1. März nach Feststellung der Rechnungen und Aufnahme eines Protocols den mexikanischen Agenten übergeben. Art. 3. Die mexikanische Verwaltung der Douane von Veracruz wird vom 1. März ab am letzten jeden Monats die Summe von 50,000 Piaster (250,000 Frs.) in Metall an einen besonderen Agenten Frankreichs oder in Ermangelung eines solchen an den französischen Consul in Veracruz zahlen. Diese Summe wird bei der definitiven Liquidation zwischen den beiden Regierungen in Rechnung gezogen werden. Art. 4. Dieses Uebereinkommen tritt sofort in Kraft und behält seine Wirkung, bis die beiden Regierungen ein Einvernehmen gemäß Artikel 1 erzielen.“

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 3. April. [Schwurgericht.] Die Staatsanwaltschaft vertrat Dr. Aschtor Lütt. Unter der Anklage des wiederholten schweren Diebstahls, resp. der Hehlerei, erschien der Inwohner Ernst Wirth aus Roachimhammer und dessen Chefrau Johanna, geb. Stanizka. — Wirth machte im September d. J. zu wiederholten Malen Besuch bei seiner Tante, der verwitw. Kritsch in Wiltsch, die, wie er gemeint hatte, trotz ihrer Eigenschaft als Obersarne, eine nicht unbedeutende Summe baaren Geldes in einer Liste aufzubewahren pflegte. Es gelang ihm im September d. J., bei einem solchen Besuch ungefähr 10 Minuten in der Stube seiner Tante allein zu sein, während diese zu einem Nachbar gegangen war, um etwas zu holen. Dieses Alleinsein benutzte er, um wahrscheinlich mittels eines fremden Schlüssels den Kasten der Tante zu öffnen und aus demselben 70 Thlr. in verschiedenen Geldsorten zu entwenden. Frau Kritsch merkte dies am andern Tage und ließ durch einen Schlossermeister die Art und Weise constatiren, auf welche der Dieb wahrscheinlich zu dem Kasten Zugang gefunden hatte. Hierauf wurde das Schloß reparirt. Wirth wiederholte noch einige Male seine Besuch bei seiner Tante mit denselben Broden und ähnlichen Erfolgen. Er ließ das wenige baare Geld, welches noch vorhanden war, verschwinden. Seiner Frau batte er einen großen Theil des Geldes mit dem Bemerkten gezeigt, daß er es von seiner Tante gekennert erhalten habe. Er wurde jedoch bald der Diebstahl verdächtigt; es fand eine Haussuchung bei ihm statt, bei der man noch 40 Thlr. baares Geld bei ihm entdeckte. Die Angaben über den Erwerb derselben waren nur geeignet, ihn noch mehr zu verdächtigen; denn er wollte sie zum Theil erspart, zum Theil durch Pathengeschichte erworben haben, mache aber hierbei widerprechende Angaben. Seine Frau, der er erwiesen ermaßen das Geld gesetzt und die dasselbe zum Theil in Gebrauch genommen hatte, soll sich dadurch der Hehlerei schuldig gemacht haben, da man annahm, daß sie wissen müßte, ihr Mann könne das Geld nur von der Tante gestohlen haben. Diese Annahme wurde aber durch Beweismittel nicht genügend unterstützt und daher von den Geschworenen nicht accepptirt. Es fand ihre Freispruch statt. Wirth dagegen wurde zu 5 Jahren Buchthaus und Polizeiaufsicht verurtheilt.

In der 2. Verhandlung erschien der Lohnärtner Carl Negger aus Wabnitz und der Tagearbeiter August Linnert aus Vielguth wegen schweren Diebstahls angeklagt.

Der gegen sie geführte Beweis ruhte fast all-in auf Indicium, deren Schwäche nicht zu verleugnen war. In dem Dominialgute zu Egliuth wurden nämlich im Dezember d. J. aus einem Schuppen, in welchem ein geschlachtetes Kind und das Hinterviertel eines geschlachteten Kindes aufbewahrt wurden, circa 150 Pfund im Werthe von 12 Thlr. gestohlen. Da der Holzschuppen mit Bretterwänden versehen ist, die im Innern noch mit Klafterholz ausgefecht wurden, und der Schuppen selbst durch eine mit einem Vorlegeschloß versehene Thür verhakt war, welche nach dem Diebstahl unterlegt gefunden wurde, so nahm man an, daß der Diebstahl von mit der Localität bekannten Personen verübt worden sein müßte, welche an der einzigen mit Klafterholz nicht ausgefechten Stelle des Schuppens nach Befestigung von 2 Latten eingestiegen waren. Man nahm ferner an, daß eine Person nicht im Stande gewesen sei, 150 Pfund fortzuschleppen und daß daher mindestens zwei Thäter gewesen sein müßten. Dies fanden die Angeklagten gewesen sein. Beide sind erwiesen ermaßen vor dem Diebstahl zusammengekommen und gemeinschaftlich bis Poststall gegangen. Dort fand sie in der Nacht um 1/2 Uhr von der Dienstmagd Käthe gefehlt worden. Später etwa um 3 Uhr Nachts hat diese Magd in Begleitung eines Knechtes den Negger wiederum und diesmal mit Vielguth mit einem Palet auf dem Rücken kommend gesehen. Dies und der Umstand, daß man bei ihm 20 Pfund Fleisch später verdeckt vorhand, von denen er unglaublicher Weise angab, daß er sie mit einem Geißlinge gefunden habe, bildeten den ganzen Beweis des Diebstahls gegen Negger, auf Grund dessen er schuldig befunden und zu 2 Jahren Buchthaus und Polizeiaufsicht verurtheilt wurde. Bezüglich des Linnert stand Freispruch statt.

Breslau, 5. April. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Berlinerplakat Nr. 2 eine Cigarettenfaße von gelbem Leder auf beiden Seiten mit Schildkrötenplatten verziert und 1 Spazierstock von Bambusrohr mit Eisenbeinfüße; Neumarkt Nr. 29 ein an der Eingangstür desselben zur Schau ausgelegter Ballen blau- und graumeliert halbmöller Hosenstoff, circa 60 Ellen lang.

Außerhalb Breslau: In der Nacht vom 2. zum 3. d. Mts. 1 brauner wattirter Tuch-Ueberzieher mit schwarzen Futter, ein schwarzer Tuchrock, ein Paar schwarze und ein Paar roth- und weißcarrierte Stoffhosen, eine schwarze und eine schwarze und weißcarrierte Düsseldorf, ein schwarze Shlips, 1 blau- und weißcarrierte wollenes Shawlstück, 1 weißes Vorhembchen, 3 weißcarrierte Taschentücher, 1 schwarzelederne Cigarettenfaße mit Stahlbügel, 1 Paar grauwollene Winterhandschuhe und 1 Paar weiße Lederhandschuhe.

Außerdem gekommen einem Frachtführer aus seinem Wagen auf dem Wege von Breslau bis Lambsfeld eine Holzkiste, in welcher sich 130 Ristchen Cigarren befanden.

Verloren wurde: ein auf Ottolie Strupla lautendes Gesindedienstbuch; eine Schildpatschhalle, verziert mit eingelegter schwarzer Emaille; ein auf den Hausböhmer Julius Reichig lautendes Gesindedienstbuch. (Fremdenbl.)

— Poln.-Wartenberg, 4. April. [Nachbestätigung.] Heute traf die Nachbestätigung des zum Bürgermeister gewählten Herrn Lehrer Kreitshamer und des interimistisch zum selben Amt gewählten Rathmann und Färbermeister Herrn Däumling (bei Esterem ohne Angabe von Gründen) von Seiten der königl. Regierung zu Breslau ein, gleichzeitig aber auch die Verfügung derselben hohen Gehörde, daß vom 1. April d. J. ab Herr Feder das interimistische Amt eines Bürgermeisters für ein Honorar von 1 Thlr. 15 Sgr. täglich weiter zu verwalten habe. Bekanntlich (s. Nr. 137 der Bresl. 3.) wollten die Stadtverordneten ihm nicht mehr als 1 Thlr. bewilligen. Dagegen wurde heute schließlich den Stadtverordneten bekannt gemacht.

Görlitz, 5. April. Herr Major v. Ledebur hat das von ihm bisher besessene Rittergut Ober-Girbigsdorf für den Preis von 100,000 Thlrn, an den Herrn Grafen Kaiserling verkauft. (Anz.)

— Aus Oberschlesien, 2. April. [In Betreff der Festigkeits des oberösterreichischen Blechs] hat der oberösterreichische Bezirkverein deutscher Ingenieure an die oberösterreichischen Eisenproduzenten folgendes Anschreiben gerichtet: „In einer vor mehreren Jahren abgehaltenen Sitzung des oberösterreichischen Bezirkvereins deutscher Ingenieure wurde bei Gelegenheit einer Besprechung über Dampfsteifconstructionen die Frage aufgeworfen, welche Festigkeit das oberösterreichische Blech haben möge. — Da diese Frage nicht genügend beantwortet werden konnte, beschloß der Verein, Versuche darüber anzuführen resp. die Anregung dazu geben. Leider hatte es bei dem Beschluss sein Beenden, bis diese Angelegenheit fürsichtlich wieder angeregt und in der Sitzung

des Vereins vom 6. Januar d. J. einer eingehenden Erörterung unterworfen wurde. — Wenngleich schon viele Versuche über die Festigkeit des Eisens ange stellt worden sind, so sind derzeitliche weder über oberösterreichisches Blech noch überhaupt über oberösterreichisches Eisen allgemein bekannt geworden, so daß der Constructeur bei Constructionen, wo dieses Eisen zur Verwendung kommen soll, bei seinen Berechnungen Coefficienten zu Grunde legen muß, die den allgemeinen Tabellen aus Handbüchern entnommen werden. — Dies kann, wenn die Festigkeit des oberösterreichischen Eisens überschätzt wird, zu Gefahren, wenn sie aber bedeutender angenommen ist, zur Verhinderung Veranlassung geben. Beides ist zu verwerfen und nur Versuche, deren Resultate veröffentlicht werden, können diesem Uebel abhelfen. — Da nun der Verein die Hoffnung hegt, daß das oberösterreichische Eisen werde den andern Eisenorten mindestens gleichstehen, ja dieselben übertrifft, so liegt es auch ganz besonders im Interesse der Fabrikanten, die bereiteten Versuche angezeigt zu sehen, damit die Eigenschaften des biesigen Eisens in weiten Kreisen bekannt werden und in Folge dessen der Absatz und die Preise sich steigern. Die Ausführung derartiger Versuche erfordert, wenn sie möglichst sein sollen, einen sehr bedeutenden Aufwand an Zeit und ganz besonders an Capital. Erstere dürfte kein Vereinsmitglied dem Gegenstande widmen können und letzteres ist ein Verein von dem Umfang des Bezirks-Vereins nicht aufzubringen im Stande. Es wurde daher beschlossen, die interessirten Gewerbschäften aufzufordern, sich bei dem Unternehmen zu beteiligen und dasselbe dadurch zu fördern, daß sie zur Anstellung dieser Versuche gewisse Geldbeiträge zeichnen, welche durch Vermittelung des Vereins dem Herrn Handelsminister mit dem Antrage zur Disposition zu stellen sind, in Berlin von geeigneten Persönlichkeiten die ausgedehntesten Versuche mit oberösterreichischem Roh- und Walzeisen anstellen und die Resultate derselben alsdann bekannt machen zu lassen. In Folge dessen erlaubt sich der Oberschlesische Bezirks-Verein deutscher Ingenieure euer. zu erlösen, sich für die Sache interessieren und geneigt sein mitzuheilen zu wollen, ob Sie an dem Unternehmen Theil zu nehmen beabsichtigen eben, welches Capital Sie zu dem angegebenen Zweck aufzuwenden geneigt sind, wo Sie noch bemerkt wird, daß Herr Ober-Bergmeister Ullrich namens der Königshütte bereits eine Zusage gemacht hat.“

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad in Pariser Linien, die Temperatur in der Luft nach Raumur.	Bu. Barometer.	Luft- Tempera- tur.	Wind- richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 4. April 10 U. Ab.	324,78	+6,6	SW. 2.	Bedeckt.
5. April 6 U. Mrg.	324,15	+2,6	W. 4.	Trübe.
Breslau, 5. April. [Wasserstand.] D. P. 17 J. 3 3. U.-P. 4 J. 3 3.				

Allerhöchste Verordnung, den Betrieb stehender Gewerbe im vormaligen Königreich Hannover betreffend. Bom 29. März 1867.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen für das vormalige Königreich Hannover was folgt:

S. 1. Das den Bürgen zustehende Recht, Andere von dem Betriebe eines Gewerbes auszuschließen, wird aufgehoben.

S. 2. Oertliche Bestimmungen, wonach der Betrieb des Detailhandels in den Städten von obrigkeitlicher Erlaubnis abhängt (§ 219 der Gewerbe-Ordnung) oder, wonach einzelne Gattungen von Waaren auf den Jahrmarkten nicht oder nur auf beschränkte Zeit aufgehoben werden dürfen, werden aufgehoben.

S. 3. Auf dem Lande dürfen stehende Gewerbe und Detailhandel unter den allgemeinen Erfordernissen des Abschnitts II. der Gewerbe-Ordnung vom 1. August 1847, sofern nicht aus den Abschnitten III. und IV. und dem § 195 derselben Beschränkungen hervorgehen, frei betrieben werden.

S. 4. Jedem Landhandwerker steht es frei, sich in eine inländische Zunft seines Gewerbes aufzunehmen zu lassen.

S. 5. Jeder Gewerbebetreibende darf bisfertig Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter jeder Art und in beliebiger Zahl halten. Gesellen sind in der Wahl ihrer Meister unbeschränkt.

S. 6. Alle den vorstehenden Bestimmungen entgegenstehende gesetzliche Vorschriften treten außer Kraft.

Es beweist jedoch bei den Befreiungen, welche in dem Gesetz vom 19. März 1852 über die Concessionspflicht der Expedienten, Makler und Agenten für die Förderung von Schiffspassagieren und in der Verordnung vom 15. Januar 1855 über die Concessionspflicht der Preßgewerbe getroffen sind, urkundlich unter Unserer Höchstgelehrtigen Unterschrift und beigebrudtem Königlichen Siegel.

Gegeben Berlin, den 29. März 1867.

(L. S.) Wilhelmi.

v. Bismarck. v. d. Heydt. v. Roon. Graf v. Ichenpflisch. v. Möhler.

Graf zur Lippe. v. Selchow. Graf zu Culenburg.

Ital. neus 5 proc. An. 5 52 1/2 b.

Russ. Eng. Anl. 1862 5 86 1/2 b.

ditto Holl. Anl. 1864 5 87 G.

ditto Poln. Sch.-Obl. 4 57 b.

Poln. Pfandb. II. Em. 4 57 b.

Poln. Obl. à 500 Fl. 4 91 1/2 G.

ditto à 300 Fl. 5 90 B.

Kurhess. 40 Thlr. Obl. — 54 G.

Baden 35 Fl. Loosse 31 B.

Amerikan. St.-Anl. 16 78 1/2 b.

Louisd'or 111 1/2 G. Oest. Bk. 78 1/2 b.

Goldkr. 9 9 G. Poln. Bk. —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques. 5 46 1/2 B.

ditto Nat.-Anl. 5 54 1/2 b.

ditto Lot.-A. 60 4 66 1/2 b.

ditto 64 41 1/2 b.

ditto 54er Pr. 4 69 B.

ditto Eisenb.-L. 66 G.

Ital. neus 5 proc. An. 5 52 1/2 b.

Russ. Eng. Anl. 1862 5 86 1/2 b.

ditto Holl. Anl. 1864 5 87 G.

ditto Poln. Sch.-Obl. 4 57 b.

Poln. Pfandb. II. Em. 4 57 b.

Gal. Ludwig. 5 87 1/2 b.

Niedersch. Märk. 4 88 1/2 b.

ditto conv. 4 88 1/2 b.

ditto III. 4 87 1/2 b.

ditto IV. 4 95 b.

ditto V. 4 87 1/2 b.

Cöln-Minden. 4 99 1/2 G.

ditto II. 5 — — —

ditto 4 — — —

ditto 3 78 1/2 b.

ditto 31 78 1/2 b.